

Klausur der Fraktion DIE LINKE Berlin
Freitag, 6. März 2020, Potsdam

Fraktionsvorstand:

Thesen zu den bevorstehenden Aufgaben der Fraktion DIE LINKE Berlin

I.

Die Ereignisse von Thüringen, wo sich CDU und FDP mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen zusammenschlossen, um einen linken Ministerpräsidenten zu verhindern, zeigen, dass die demokratische Gesellschaft in besonderer Weise herausgefordert ist. Der hier vollzogene Tabubruch hatte sich schon länger angedeutet. Nicht erst seit kurzem, hat das, was sich bislang selbst als bürgerliche Mitte bezeichnete, eine Ausdifferenzierung nach rechts, bis ins rechtspopulistische erfahren. Mal schlägt sich das in Form von Lockerungsübungen in inhaltlichen Bündnissen nieder, mal reicht es bis zu aktiver parlamentarischer Zusammenarbeit. Auch in Berlin war die Verhinderung unserer Kandidatin für das Verfassungsgericht wichtiger als die Einhaltung von Verabredungen unter den demokratischen Parteien. Es droht eine „europäische Normalität“, indem wie in Österreich, Italien oder Ungarn Konservative den Weg bereiten für rechtspopulistische bis faschistische Regierungsbeteiligungen. Diese Form von „Normalität“ gilt es zu verhindern.

Angesichts dessen geht die Bedeutung von R2G besonders in Berlin - aus historischer Verantwortung und weil es die Hauptstadt ist - weit über die eines Dreier- Zweckbündnis zur Regierungsbildung hinaus. R2G repräsentiert vielmehr ein gesellschaftliches Lager der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit, der Demokratie, Bürgerrechte, Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit. Diese strategischen und prinzipiellen Grundüberzeugungen müssen, bei allen Differenzen im Detail, in jeder landes- und bundespolitischen Einzelfrage die Leitschnur eines Mitte-Links-Bündnisses sein und dürfen nicht dem kurzfristigen Terraingewinn in Umfragen geopfert werden. In einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft, in der die sich selbst als „Mitte“ definierende politische Klasse gegen rechtspopulistische, rechtsextreme und rassistische Positionen nicht mehr immun ist, ist R2G das strategische Bündnis für eine offene und demokratische Gesellschaft.

In diesem Sinne ist der Wunsch von Harald Wolf, die Koalition möge bitte pfleglich mit sich umgehen, fast schon zu bescheiden. R2G muss sich auf den Ausgangspunkt der Koalitionsverhandlungen rückbesinnen: R2G muss mit seiner Agenda ein ausstrahlungsfähiges Vorzeigeprojekt werden, gegen die Rechtsentwicklung der Bundesrepublik. Ein Scheitern können wir uns nicht leisten.

II.

Gut anderthalb Jahre vor dem Ende dieser Legislaturperiode zeichnet sich ein zunehmender Konkurrenzkampf zwischen den drei die rot-rot-grüne Koalition tragenden Parteien um die künftige Spitzenposition ab. Angesichts der Erfahrungen in den vergangenen Jahren ist zu befürchten, dass dieser Konkurrenzkampf vermehrt auch dadurch ausgetragen wird, dass die Partner*innen sich gegenseitig Beine stellen und Vorhaben, die potentiell als Erfolge der anderen angesehen werden, blockieren. Wir sollten uns als DIE LINKE so wenig wie möglich an diesen Spielchen beteiligen. R2G hat sich mit der Koalitionsvereinbarung einen Arbeitsauftrag gegeben, an dessen Erfüllung wir möglichst bis zum letzten Tag dieser Legislaturperiode arbeiten wollen.

III.

Ein zentrales Vorhaben von R2G war und ist es, endlich wieder in die öffentlichen Strukturen zu investieren und diese an den Anforderungen einer wachsenden Stadt auszurichten. Die bisherige Bilanz hierzu fällt positiv aus. Uns ist die Abkehr von der Sparideologie gelungen. Dass das Umsteuern nach jahrelangem Stillstand länger dauert als erhofft und Ergebnisse erst in den kommenden Jahren spürbar werden, ist ebenso zu erwarten gewesen, wie es ein Problem bei der Vermittlung unseres Regierungshandeln in der Öffentlichkeit darstellt. Geduld ist keine Tugend der Wählerschaft, keiner Partei. Diese Prozesse weiter voranzutreiben, zu kontrollieren und ggf. nachzusteuern bleibt eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben. Wir sollten alles daransetzen, dass zumindest bei einigen Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode spürbare Veränderungen erkennbar werden und deutlich wird: Wir sind auf dem Weg, unser Versprechen zu halten, das wachsende Berlin wieder zu einer funktionierenden Stadt zu machen.

IV.

Ein weiteres Vorhaben von R2G war ein Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu Weltoffenheit und Diversität, im Kampf gegen Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsextremismus, für Bürgerrechte und Demokratie. Hier sind auf dem sozialen Gebiet spürbare Veränderungen gelungen. Auch sind eine veränderte Haltung und das Bemühen um einen Wandel erkennbar, am stärksten bei jenen, die sich engagieren. Leider sorgen die bundespolitischen Rahmenbedingungen dafür, dass diesen Bestrebungen Grenzen gesetzt sind. Mit Blick auch auf den ebenfalls bevorstehenden Bundestagswahlkampf und die dort zur Wahl stehenden Koalitionsoptionen gilt es, in den kommenden Monaten nicht nur, die Vorstellungskraft anzuregen, welche soziale und demokratische Veränderungen mit R2G auf Bundesebene möglich wären, sondern entsprechende Forderungen an eine künftige Bundesregierung aus dem Land Berlin heraus zu formulieren und offensiv zu vertreten.

V.

Beispielhaft gelungen ist das vor allem auf dem Gebiet der Wohnungs- und Mietenpolitik. Angesichts des außerparlamentarischen Drucks ist R2G auf diesem Feld weit über den Koalitionsvertrag hinausgegangen. Der Beschluss des Mietendeckelgesetzes ist der prominenteste, sichtbarste Teil eines linken Paradigmenwechsels. Wie schon lange keine Regierung mehr hat sich R2G klar auf der Seite der Mieter*innen positioniert und hat dem unmäßigen Profitinteresse der großen Immobilienunternehmen spürbare Grenzen gesetzt. Wir werden nun, neben der Begleitung der bevorstehenden juristischen Auseinandersetzungen um das Mietendeckel-Gesetz, dessen Anwendung in der Praxis zu organisieren haben.

VI.

Aus Sicht der LINKEN genügt es allerdings nicht, den Mieter*innen lediglich eine „Atempause“ zu verschaffen. Natürlich erfordert es der Mangel an Wohnraum angesichts des Bevölkerungszuzugs, den Wohnungsneubau anzukurbeln. Entscheidender aber ist: Wohnungen dürfen für finanzmarktgesteuerte Unternehmen keine lukrative Kapitalanlage mehr sein. Sonst wird die Immobilienralley nach dem Mietendeckel weitergehen. Für eine dauerhafte Lösung müssen daher die Bestände der großen renditeorientierten Immobilienunternehmen dem Markt entzogen und in Gemeineigentum überführt werden. Mit der Vorlage eines Bodensicherungsgesetzes leisten wir einen ersten Beitrag. Die Arbeit an einem Vergesellschaftungsgesetz wird eine weitere wichtige Aufgabe werden.

VII.

„Das Öffentliche stärken“ lautete der Schwerpunkt auf unserer Klausur im vergangenen Jahr. Neben den Investitionen in die vorhandenen öffentlichen Strukturen (These III) und der Rückgewinnung von Boden und Immobilien durch Ankauf oder ggf. eben auch Vergesellschaftung (These VI) werden wir diskutieren, für welche gesellschaftlichen Aufgaben es ggf. ebenfalls handlungsfähiger öffentlicher Strukturen/ Unternehmen bedarf, um diese zuverlässig und in sozial und ökologisch angemessener Weise zu erfüllen. Bezüglich der Energienetze haben wir diese Frage ebenso bereits beantwortet wie hinsichtlich des S-Bahn-Betriebs. Beides wollen wir perspektivisch in kommunaler Hand haben. Bei anderen, wie aktuell die Reinigung der Schulen, machen sich bereits zivilgesellschaftliche Initiativen für öffentliche Strukturen stark. Wir werden mit realistischem Blick auf die kommende Legislaturperiode klären müssen, was in dieser Hinsicht notwendig, wünschenswert, aber auch umsetzbar ist.

VIII.

Als LINKE haben wir schon vor Beginn der Koalition erklärt, dass es nicht genügt, das Wachstum der Stadt einfach nur quantitativ durch ein mehr an Wohnungen, sozialer Infrastruktur und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nachzuvollziehen. Vielmehr besteht unsere Aufgabe darin, die Stadt qualitativ so weiter zu entwickeln, dass sie den Herausforderungen der Klimakrise wie auch des technologischen Wandels gerecht wird.

Wir sehen in den kommenden Jahren hierbei insbesondere Handlungsbedarf auf folgenden Feldern:

1. Umbau der Energieversorgung. Wir müssen die vorhandenen Möglichkeiten zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere von Solarenergie, forcieren. Die Energienetze müssen umgebaut werden, um sie auf vielfältige dezentrale Einspeisungen einzustellen.
2. Stadtentwicklung muss den Bedarf an städtischen Grünflächen im Blick haben, um die Folgen des Klimawandels zu mildern. Deshalb wollen wir Kleingärten erhalten und lehnen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ab. Auch bei innerstädtischen Nachverdichtungen müssen die Folgen einer zu befürchtenden Klimaerwärmung mit in die Abwägung einbezogen werden.
3. Der Ausbau des ÖPNV muss endlich Fahrt aufnehmen. Hierbei sollte die Priorität vor allem auf der Anbindung der Stadtränder und des Speckgürtels um Berlin liegen. Während mensch innerhalb des S-Bahn-Rings bereits über gute Alternativen zum Auto verfügt, sind viele Menschen außerhalb des City-Bereichs nach wie vor auf Autos angewiesen. (Von den vier Straßenbahnprojekten von R2G in dieser Legislaturperiode liegen aber drei innerhalb des S-Bahn-Rings.) Dies gilt umso mehr als die größeren Wohnungsbaupotentiale Berlins größtenteils außerhalb der Innenstadt liegen. Realisieren wir diese ohne eine tragfähige ÖPNV-Anbindung, erzeugen wir neuen motorisierten Individualverkehr, was nicht im Sinne einer ökologischen Stadt ist, selbst wenn dieser emissionsärmer wäre als heute. Den zahlreichen Neubauprojekten, die aktuell insbesondere außerhalb der Innenstadt realisiert werden, müssen rasch der Ausbau des ÖPNV, insbesondere auf der Schiene, aber auch der Ausbau von Straßen folgen.

Der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur ist für uns eine wichtige Ergänzung des ÖPNV. Auch hierbei muss es in den kommenden Jahren deutlicher vorangehen als bisher.

IX.

Das Wachstum der Stadt ist schon längst eng mit einem Wachstum der Region verbunden. Angesichts der Endlichkeit der vorhandenen Flächen innerhalb Berlins und des gleichzeitig

wachsenden Bedarfs ist absehbar, wann die natürliche Grenze erreicht ist. Schon jetzt erleben wir heftige Auseinandersetzungen um die Nutzung vorhandener Flächen, in denen alle Beteiligten gute und nachvollziehbare Gründe für ihre Position in die Waagschale werfen können. Wohnungen, Schulen, soziale Infrastruktur, Kultur-, Gewerbe-, Sport-, Verkehrs-, Natur- und Erholungsflächen stehen im begrenzten Raum in Konkurrenz, und der jeweilige Bedarf ist unzweifelhaft gegeben. Wenn wir an unseren Vorstellungen von einer sozialen, ökologischen und integrierten Stadtentwicklung festhalten wollen, müssen wir unseren Blick über die Stadtgrenzen hinaus weiten und die Zukunftsplanung gemeinsam mit dem Berlin umgebenden Brandenburg angehen. Hier ist in den vergangenen Jahren zu wenig passiert. So ließen zum Beispiel die jüngsten Auseinandersetzungen um die Tarifsteigerungen im VBB eine gemeinsame Strategie für die Entwicklung des ÖPNV wie auch des Verkehrs insgesamt in der Region (die mittlerweile weit über die unmittelbar angrenzenden und durch die S-Bahn angeschlossenen Gemeinden hinausgeht) vermissen. Auch andere Zukunftsfragen, wie die oben erwähnte Energieversorgung aus regenerativen Quellen, die Versorgung mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln und vieles anderes mehr, erfordern eine deutlich stärkere Kooperation von Berlin und Brandenburg.

X.

R2G ist mit dem Anspruch angetreten, nicht nur anders, sondern auch besser zu regieren. Das beständige Rumpeln in der Koalition, das auch öffentliche Austragen von Konflikten, Revanchefouls usw. ließen allerdings nicht einen entsprechenden Eindruck entstehen. Bei aller berechtigter Kritik am Erscheinungsbild der Koalition sollte aber auch nicht übersehen werden, dass R2G immer wieder in der Lage war, neue Ideen in sein Programm zu integrieren. So sind wir bei der Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen – ob unter Ausnutzung des Vorkaufsrechts oder direkt – weit über das Erwartete hinausgegangen. Auch der Start des Projekts für ein solidarisches Grundeinkommen, die Einführung eines neuen Feiertags und natürlich die Verabschiedung des Mietendeckels machen deutlich, dass neue Ideen in dieser Koalition – trotz heftigen Streits in der Sache – nicht in einer Blockade enden müssen, sondern als kreative Herausforderungen angenommen wurden. Das ist mehr als viele andere Koalitionen zu leisten imstande sind.

Diese Fähigkeit von R2G, sich bei wichtigen Fragen auf einen gemeinsamen Nenner zu verständigen, sollte der Koalition die Kraft und Gelassenheit verleihen, Differenzen und unterschiedliche Vorstellungen nicht einfach nur auszuhalten, sondern offen und öffentlich zu diskutieren. Zumal diese Diskussionen ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Debatten in der Stadtgesellschaft sind. R2G erweist sich damit als ein Teil derselben und nicht als deren Gegenstück. Diese Offenheit für den demokratischen Diskurs ist Teil unseres Versprechens, einen partizipativen Politikstil zu verfolgen.